

"Bien manger et être actif"

Ce sont les conseils contenus dans la brochure distribuée dans toutes les boîtes aux lettres du Luxembourg par le Ministère de la Santé. Lundi dernier, cette brochure fut présentée à la presse par ses auteurs et par le ministre. Elle contient des recommandations au sujet de l'alimentation et du sport, que le ministre a jovialement considérées comme trop exigeantes pour lui-même! Quoi qu'il en soit, de nombreux problèmes furent évoqués ce jour-là, notamment celui de l'obésité. Selon les chiffres avancés par le ministère, 26 pour cent des décès dans notre pays seraient dus à des maladies cardio- ou cérébrovasculaires et liées à des problèmes de poids. Une aggravation du problème est visible chez les mineur-e-s luxembourgeois-es qui ne se situent pas parmi les mieux lotis au niveau européen: 9 pour cent souffriraient d'obésité. Lors de cette présentation, il a été discuté d'un étiquetage sur les emballages prévenant des risques pour la santé, mais ce ne serait pas possible au niveau national car la grande majorité des produits consommés au Luxembourg n'y sont pas fabriqués. Cela pose tout de même la question du rôle de l'Etat. Jusqu'à quel point doit-il s'impliquer? Les auteurs disent ne faire que des recommandations, "finalement, c'est la personne qui décide".

VIH/SIDA: plus que jamais d'actualité

56 nouvelles infections au VIH en 2006, ce sont sept infections de moins que l'année précédente. On pourrait donc se rassurer en se disant que l'épidémie baisse, mais ce n'est pas le cas. En regardant de près, les chiffres du dernier rapport d'activité du Comité de surveillance SIDA on voit que les nouvelles contaminations étaient en moyenne inférieures à 30 par an dans les années 90. Cette moyenne frise les 50 par an pour les années 2000, et c'est la troisième année que le chiffre des nouvelles infections avoisine les 60 personnes. La population infectée augmente donc constamment, mais ce rapport, pour une raison inconnue, ne nous éclaire pas sur son nombre. D'après Robert Hemmer, président du Comité, il serait proche de 600 personnes. Ce rapport montre en outre, que la proportion des hétérosexuel-le-s originaires d'Europe de l'Ouest grandit parmi les nouveaux infectés, une population pourtant peu réputée pour ces pratiques à risque. Les préjugés en la matière vont donc peut-être changer. En tout cas, il est clair que du travail reste à faire au niveau des mentalités.

Libéralisation des transports en commun

Le 27 mars aura lieu au Parlement Européen le vote en troisième lecture du nouveau règlement concernant les transports en commun. La proposition de la Commission allant dans la direction d'une plus grande libéralisation a déjà été amendée à plusieurs reprises au Parlement, mais à chaque fois, le projet s'est heurté au refus du Conseil des ministres. Lors de leur passage à Luxembourg, Erik Meijer, député de la Gauche Européenne, ainsi que Sabine Trier, porte-parole de la fédération des ouvriers européens du transport (ETF), ont présenté aux syndicats nationaux leur vision de la situation. Selon la ETF, ce nouveau règlement devrait absolument inclure trois points: la liberté de choix pour chaque commune de financer ses transports de manière privée ou publique, une protection assurée des employé-e-s et une garantie de qualité du service et des prix fixés. Ces points ont été proposés en amendement au Parlement et les deux derniers ont déjà partiellement reçu son soutien. Les syndicats restent donc dans l'expectative du vote, mais prévoient des mobilisations dès son issue pour convaincre le Conseil si nécessaire.

Auch wenn die Entwicklungshilfe der EU sich in den letzten Jahren verbessert hat, ist dies für François Jacobs von der Luxemburger Caritas kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Vor allem die von allen Seiten beschworene Armutsbekämpfung setzt ein Umdenken voraus.

(Foto: woxx)

**EU-ENTWICKLUNGSHILFE**

Mehr Mittel für die Armutsbekämpfung

woxx: Die CIDSE und Caritas Europa unterziehen die europäische Entwicklungshilfe einer eingehenden Kontrolle. Weshalb gerade jetzt?

François Jacobs: Eigentlich ist es ein permanentes Unterfangen unserer Netzwerke, die Politik der EU und ihrer Mitgliedsländer zu hinterfragen. Als Anlass dieser breiter angelegten Studie kann man das Datum vom 7. Juli dieses Jahres nennen - die Halbzeit der Kampagne für die so genannten Millenniumsziele. Bekanntlich haben die von der UNO beschlossenen und von der EU mitgetragenen "objectifs du millénaire" unter anderem zum Ziel, die Zahl der als arm eingestuften Menschen in der Welt zu halbieren. In diesem Sinne haben wir die Rolle der EU, einer der größten Akteure in der Entwicklungshilfe, hinterfragt. Der Ansatz der Studie war, zu ergründen, was die von der EU geleistete Entwicklungshilfe den armen Bevölkerungsschichten in den Ländern des Südens bisher tatsächlich gebracht hat.

Inwiefern unterscheiden sich die Arbeit einer Organisation wie CIDSE von anderen Evaluationen?

Es wurden lokale Partner unserer Mitgliedsorganisationen mit den Analysen beauftragt. Der Vorteil ist, dass diese die Realität ihrer Länder kennen und insofern besser eingerichtet sind, um die Auswirkungen einzelner Politiken zu bewerten. Sie haben dies in Zusammenarbeit mit den regionalen Vertretungen der EU in den betroffenen Ländern getan. So war es möglich, anhand von praktischen Beispielen darzulegen, inwiefern die erklärten Ziele der EU-Entwicklungspolitik tatsächlich ihren Niederschlag in den einzelnen vor Ort betriebenen Vorhaben finden.

Die Bilanz scheint ernüchternd. Nur in einem der untersuchten Länder wurde eine sichtbare Verbesserung festgestellt. Ist das für Sie ein überraschendes Ergebnis?

Nicht unbedingt. Das entspricht den Erfahrungen, die wir von unseren Partnern übermittelt bekommen. In Asien sieht es so aus, als ob die Millenniumsziele erreicht werden. In Lateinamerika ist es, mit einigen Abstrichen, ähnlich. Hingegen droht die Strategie in Afrika zu

scheitern. Hier reichen die bisherigen Bemühungen nicht aus. Der Bericht sagt dies klar aus und mahnt in diesem Sinne Schritte seitens der EU an.

Der Bericht verweist an verschiedenen Stellen auf eine unklare Ausrichtung der EU-Politik. Klaffen Rhetorik und Realität auseinander?

Welche Intentionen im Einzelnen verfolgt werden, darüber kann ich von dieser Stelle aus keine globale Aussage machen. Aber wir können durchaus bewerten, ob die übergeordnete Logik, wie zum Beispiel die Armutsreduktion, mit den vor Ort betriebenen Politiken erreicht wird. Und hier ist die Bilanz nicht sehr positiv, denn viele der von der EU finanzierten Projekte erreichen nicht in erster Linie die ärmsten Bevölkerungsgruppen. Wenn wir feststellen, dass ein großer Teil der Gelder in Infrastrukturmaßnahmen im Transportbereich fließt, ist das an sich noch nicht bedenklich. Es ist im Interesse der Länder, ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten ausschöpfen zu können. Aber bei genauerem Hinschauen fällt auf, dass vor allem die großen Verbindungsstränge in den Zentren finanziert werden, die wohl auch den Interessen der europäischen Handels- und Agrarpolitik dienen. Die Anbindung der ärmeren Regionen bleibt meist außen vor. Gerade die ländlichen Regionen brauchen Zugang zu den Märkten. Das entspricht aber nicht der realen Entwicklung, wie sie sich in dieser Studie abzeichnet.

Der Bericht macht sich auch stark für eine bessere Einbeziehung der Zivilgesell-

schaft im Süden. Welche Rolle spielt dabei die EU?

Sie kann einen partizipativen Prozess auslösen, indem sie die Vergabe von Geldern davon abhängig macht, dass die Zivilgesellschaft in die Planung mit einbezogen wird. Und wo die Zivilgesellschaft noch nicht richtig Fuß fassen konnte, sollen die Voraussetzungen für eine Beteiligung der Bevölkerung geschaffen werden. Das ist bereits seit längerem Inhalt der EU-Entwicklungspolitik und ist zum Beispiel auch im Cotonou-Vertrag festgeschrieben, der die EU an seine ehemaligen Kolonien bindet. Fakt ist aber, dass bisher nur sehr wenig auf diesem Gebiet passiert ist - auch das eine Feststellung unserer Fallstudie.

Moniert wird auch die mangelnde Transparenz hinsichtlich interner Entscheidungsprozesse der EU. Gibt es etwas zu verstecken?

Wir beklagen die nur sehr begrenzt zugänglichen Evaluationen, die die EU selber ausarbeiten lässt und die irgendwo intern in der Bürokratie landen und nicht weiter diskutiert werden. Es wäre wichtig, den politischen Akteuren, etwa im Europaparlament oder in den Nationalregierungen, diese Studien zugänglich zu machen. Aber auch die Menschen in den betroffenen Ländern haben einen Anspruch darauf, über diese Dinge informiert zu werden. Das scheint mir besonders wichtig in Bereichen wie dem "budget support", wo EU-Gelder dazu genutzt werden, um Teilbereiche in den nationalen Haushalten direkt zu finanzieren. Hier ist eine breite demokratische

Kontrolle besonders wichtig. Es ist aufgefallen, dass der Geldfluss oft ausschließlich zwischen der EU-Kommission und den Regierungen ausgehandelt wird - und nur entsprechend der Prioritätenliste dieser Akteure ausgerichtet ist. Die nationalen Parlamente im Süden sind bei diesem Verfahren so gut wie ausgeschlossen.

Trifft diese Kritik der zu geringen demokratischen Kontrolle nicht auch in unseren Ländern zu?

Immerhin lässt sich ein Bemühen feststellen, die Zivilgesellschaft mit in die Politikgestaltung einzubeziehen. Die Luxemburger ONG werden immer wieder auch zu Hearings in der Chamber oder zu Fachtagungen des Ministeriums eingeladen. Es wäre dennoch interessant zu erfahren, wie groß die Auswirkungen der Luxemburger Politik denn nun wirklich sind. Allerdings kann man feststellen, dass, im Gegensatz zur EU, die Projekte, die Luxemburg im Süden betreibt, schon vom Ansatz her weniger problematisch sind, weil sie vor allem im Sozial- und im Gesundheitssektor angesiedelt sind und somit vor allem ärmeren Schichten zugute kommen. Es ist deshalb wichtig auch nach Jahren zu überprüfen, ob Einrichtungen, wie Schulen oder Gesundheitszentren, dauerhaft funktionieren und das Leben der Menschen effektiv verbessern.

Gerade die Millenniumskampagne richtet sich stark nach messbaren, quantitativen Zielen aus. Besteht nicht die Gefahr, dass andere Aspekte der Entwicklungsproblematik dadurch in den Hintergrund gedrängt werden?

Wir äußern diese Bedenken immer wieder. Unser Blick geht nicht nur in Richtung Armutsbekämpfung. Natürlich unterstützen wir diese Zielsetzung, aber wir stellen auch die Frage nach der Kohärenz der Gesamtpolitik. Die vorliegende Studie beschränkt sich bewusst auf die direkten Auswirkungen der EU-Entwicklungshilfe. Parallel dazu aber beobachten wir zum Beispiel auch die EU-Handels- und Agrarpolitik, die einen sehr weitreichenden Einfluss auf die Länder des Südens hat. Was die Entwicklungshilfe angeht, nehmen wir uns die Freiheit, kritisch zu analysieren, was besser laufen könnte. Vor allem sind wir der Meinung, dass die von allen Seiten mitgetragenen Ziele nur dann erreicht werden, wenn sehr viel mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden als bisher.

Das Gespräch führte Richard Graf

The EU's Footprint in the South

Die Dachorganisationen der katholischen Entwicklungshilfeorganisationen CIDSE und Caritas Europa haben diese Woche ihre Studie "The EU's Footprint in the South" über die Auswirkungen der europäischen Entwicklungspolitik vorgestellt. Am Donnerstag wurden die Ergebnisse auch dem hiesigen Kooperationsminister, Jean-Louis Schiltz, unterbreitet. Anhand der Länderbeispiele Bangladesch, Kamerun, Sambia, Äthiopien, Nicaragua und Guatemala wird in der Studie überprüft, inwiefern die Entwicklungshilfe der Europäischen Gemeinschaft den ärmsten Bevölkerungsschichten zugute kommt. Für die beiden katholischen Netzwerke sind weitere Schritte notwendig, falls das Ziel der Halbierung der Armut bis 2015 erreicht werden soll. Francois Jacobs ist bei der Luxemburger Caritas für internationale Kooperation zuständig.